

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigentell: Ewald Steinbrecher, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Könikshagen Park 2.

Inserate für die vierspaltige Zeitspalte oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Ein Unternehmerprogramm für künftige Vertragsverhandlungen.

Die Tarifverträge im Holzgewerbe sind entsprechend den Beschlüssen der beiderseitigen Parteien bis zum 15. Februar 1917 verlängert; umfangreiche Vertragsverhandlungen stehen also für die nächste Zeit nicht bevor. Es wäre aber verkehrt, wollten wir aus der Tatsache der Vertragsverlängerung den Schluß ziehen, daß Vertragsfragen auf absehbare Zeit für die Angehörigen des Holzgewerbes kein Interesse hätten. Wir werden im Gegenteil die Zeit, die uns von der Wiederaufnahme der Verhandlungen trennt, sehr gründlich ausnützen müssen, um uns mit Vertragsfragen zu beschäftigen.

In den Kreisen unserer Verbandsmitglieder darf das Interesse für den Tarifvertrag und seinen Inhalt, für die Entwicklung des Vertragswesens und dessen weitere Ausgestaltung zu keiner Zeit erlahmen. Es kommen hierbei eine ganze Reihe verschiedenartiger Gesichtspunkte in Betracht. Je gründlicher die mit diesem Gegenstand zusammenhängenden Probleme von den Kollegen diskutiert werden, um so besser werden wir für die kommenden Verhandlungen gerüstet sein, und mit um so größerem Verständnis werden die Verbandsmitglieder zur gegebenen Zeit den Verhandlungen folgen können.

Der Tarifvertrag in der Holzindustrie kann nicht für sich allein betrachtet werden. Zwar haben wir kein Interesse daran, unsere Verträge mit denen in anderen Gewerben zu verketten, wir dürfen aber unsere Augen nicht der Tatsache verschließen, daß im Lager der Unternehmer eine starke Strömung vorhanden ist, die darauf abzielt, die Verträge im Baugewerbe und in den Baubengewerben, zu denen auch die Holzindustrie zählt, nach einheitlichen Gesichtspunkten zu behandeln und in gewisser Beziehung eine Uebereinstimmung herbeizuführen zu dem ausgesprochenen Zweck, die Stellung der Arbeiter zu benachteiligen.

Zu diesem Zweck ist am 28. Juni 1912 im Hinblick auf die damals bevorstehenden Tarifverhandlungen in verschiedenen Gewerben der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gegründet worden, welchem die Unternehmerorganisationen im eigentlichen Baugewerbe, ferner im Gipser- und Stukkateurgewerbe, im Maler-, im Holz-, Installateur- und Klempner-, im Dachdecker- und im Steinselegergewerbe angehören. Der im Jahre 1913 unternommene Versuch, einen gleichzeitigen Ablaustermin für alle Tarifverträge im Baugewerbe und in den Baubengewerben festzulegen, ist mißlungen. Für das eigentliche Baugewerbe ist damals ein bis zum 31. März 1916 laufender Vertrag abgeschlossen worden; bis zum gleichen Termin laufen auch die Verträge im Gipser-, Dachdecker- und Klempnergewerbe. Dagegen ist der Ablaustermin im Malergewerbe auf den 15. Februar 1916 festgelegt worden.

Beim Abschluß unserer Verträge mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe sind die Wünsche des Reichsverbandes baugewerblicher Arbeitgeberverbände völlig unberücksichtigt geblieben, denn für die im Jahre 1913 zur Verhandlung stehende Städtegruppe wurden vierjährige Verträge abgeschlossen, die bis zum 15. Februar 1917 laufen, und bezüglich der übrigen Verträge ist damals vereinbart worden, daß sie zu einer Gruppe zusammengelassen werden, die im Jahre 1915 zur Verhandlung kommt. Normalerweise wäre es sonach in der Holzindustrie im Jahre 1916 überhaupt nicht zu Verhandlungen gekommen. Durch den Krieg sind die Beschlüsse durchkreuzt worden, alle Verhandlungen über Erneuerung der Tarifverträge mit dem Arbeitgeber-Schutzverband sind bis zum Jahre 1917 hinausgeschoben.

In den anderen Gewerben, deren Verträge im Frühjahr 1916 ablaufen, sind bisher Verhandlungen über die Verlängerung oder Erneuerung der Verträge nicht geführt worden. Die Frage beginnt aber, allmählich aktuell zu werden, und in dem Artikel über den „Tarifabschluß im Baugewerbe“, der in der Nummer 47 der „Arbeitgeber-Zeitung“ veröffentlicht wird, haben wir es wohl mit dem ersten Führer zu tun, der von Unternehmerseite nach dieser Richtung herausgesprochen wird. In diesem Artikel wird gleich ein ganzes Programm für die Vertragsverhandlungen entwickelt, das auch für die Holzarbeiter recht interessant ist.

Die Unternehmer legen nach wie vor großen Wert auf den einheitlichen Ablaustermin aller Tarifverträge in den einzelnen Gewerben, denn der gemeinsame Ablaustermin gibt den Unternehmern die Möglichkeit einer gemeinsamen Aussetzung, um die Forderungen der Arbeiter abzuwehren. Das ist keine neue Offenbarung, aber es ist ganz nützlich, daß es die Unternehmer offen aussprechen. Dadurch wird es auch verständlich weshalb sich der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes so energisch weigerte, die Verbindlichkeit der Vereinbarungen anzuerkennen, die durch den Schiedsspruch vom 8. Februar 1913 festgelegt sind. Unser Verband hat keinerlei Neigung, den Plänen der Unternehmer Vorschub zu leisten, die die Aussetzung für eine Ausspernung schaffen wollen, welche sich über das gesamte Baugewerbe und dessen Nebengewerben

erstreckt. Deshalb werden wir auf das nachdrücklichste dafür eintreten, daß die für das Holzgewerbe getroffenen Vereinbarungen ihre Geltung behalten.

Neben dem gemeinsamen Ablaustermin legt der Verfasser des Artikels auch großen Wert auf zentrale, im Gegensatz zu örtlichen Verhandlungen. Bei örtlichen Verhandlungen können die Gewerkschaften einen Ort gegen den anderen ausspielen. Für die Arbeitgeber kann es in allen wesentlichen Punkten nur zentrale Verhandlungen und zentrale Tarifverträge geben. Ob auch die Arbeitgeber des Holzgewerbes dieser Auffassung rückhaltlos zustimmen, möchten wir bezweifeln. Für uns ist diese Frage nicht von überragender Bedeutung. Es kommt unseres Erachtens weniger darauf an, ob örtlich oder zentral verhandelt wird, als daß die Interessen unserer Kollegen ausreichend wahrgenommen werden. Es gibt auch in der Holzindustrie eine Reihe von Vertragsfragen, die für das ganze Reich einheitlich geregelt werden müssen, zu deren Festlegung also zentrale Verhandlungen unumgänglich sind. Im übrigen wird man die Frage, ob örtlich oder zentral zu verhandeln ist, als zweckmäßigkeitfrage auch vom Standpunkt der Verhandlungstechnik aus behandeln. Es kann aber, gleichviel, wie verhandelt wird, keine Rede davon sein, die örtlichen Zustände völlig auszuheben. Für alle Fälle werden die örtlichen Parteien, die doch für die Durchführung des Vertrages in erster Linie in Betracht kommen, bei seiner Gestaltung ein gewichtiges Wort mitreden.

Soweit der materielle Inhalt der Verträge in dem Artikel besprochen wird, kommt darin der unverfälschte Sachmacherstandpunkt zum Ausdruck. Die Unternehmer sind großmütig und wollen in der Lohnfrage mit sich reden lassen, aber die Arbeiter sollen in ihren Forderungen nur ja recht bescheiden sein. Auf das Maß des Entgegenkommens, das die Arbeiter in der Lohnfrage zu erwarten haben, läßt es einen Rückschluß zu, wenn in dem Artikel ausgeführt wird: „Mit den im Baugewerbe gezahlten Löhnen kann jeder ordentliche Arbeiter gut auskommen.“ Und so etwas wagt man zu behaupten angesichts der ins Ungeheuerliche gehenden Steigerung der Lebensmittelpreise! Wie ein Hohn auf den „Burgfrieden“ wirkt der Satz: „Der Geist vom August 1914 sollte die Richtschnur bei der Bemessung der Forderungen der Arbeiter sein.“

Über den ganzen Artikel ist bezeichnend für den Burgfrieden, wie er von der „Arbeitgeber-Zeitung“ und ihrem Anhang verstanden wird. Wollen die baugewerblichen Unternehmer Lohnforderungen nur im allerbescheidensten Umfang bewilligen, so ist damit ihre Bewilligungslust auch völlig erschöpft. Arbeitszeitverkürzung — ausgeschlossen! In der Fürsorge für Kriegsbeschädigte keine Vereinbarung zwischen den Organisationen, sondern nur zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem Verlegten, den er beschäftigt. Die Gewerkschaft hat sich darum nicht zu kümmern. In der Frage des Arbeitsnachweises bleibt alles, wie es ist. Die Unternehmer behalten ihre Maßregelungsbüroaus, und darüber ist bei den Tarifverhandlungen erst gar nicht zu reden, denn das Arbeitsnachweiswesen steht außerhalb des Tarifvertrages. Die Arbeiter haben also keinerlei Jugendsätze zu erwarten, dagegen werden die Arbeitgeberverbände ihre Forderungen, die sie bisher nicht durchdrücken konnten, von neuem geltend machen und „im Interesse und zur Sicherung der ganzen Tarifidee zur Annahme bringen“. Als solche Forderungen werden genannt: Vereinfachung der Tarifverträge, Leistungsstarke, Schadenersatzpflicht der Tarifkontrahenten, die durch Hinterlegung von Kautelen zu gewährleisten ist, Beschleunigung des Verfahrens vor den Tarifinstanzen durch Festlegung bestimmter Fristen, Schutz der Anders- oder Nichtorganisierten und der Arbeitswilligen, Agitation auf der Arbeitsstelle, Verhalten bei der Arbeit u. dgl. mehr. Die Unternehmer sind so überzeugt davon, daß sie beim nächsten Tarifabschluß nur zu diktieren brauchen, daß sie es für ausgeschlossen erachten, „daß die bevorstehenden Tarifverhandlungen von kampfartigen Erscheinungen begleitet werden“.

Was in dem besprochenen Artikel über den materiellen Inhalt der Verträge ausgeführt ist, bezieht sich auf das eigentliche Baugewerbe, es ist aber auch für die Arbeiter des Holzgewerbes sehr lehrreich. Mit den Verhältnissen in unserem Gewerbe speziell beschäftigt sich noch ein Nachtrag, in welchem über die Nichtkündigung der Verträge und die über diese Frage gepflogenen Verhandlungen berichtet wird. Daraus wird der Schluß gezogen, „daß nunmehr auch das deutsche Holzgewerbe einen einheitlichen Ablaustermin seiner Tarifverträge erreicht hat“. Die Tatsachen werden zeigen, daß das ein Trugschluß ist.

Von der Annahme ausgehend, daß unser Verstoß, von der Vertragskündigung Abstand zu nehmen, auf die von der Generalkommission ausgegebenen Parole zurückzuführen ist, wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch die übrigen Verträge im Baugewerbe nicht gekündigt und somit um ein Jahr verlängert werden. Diese Lösung der Frage, heißt es dann weiter, liegt schon deshalb nahe, weil jetzt keine Zeit zu inneren wirtschaftlichen Kämpfen ist, und weil die Gewerkschaften durch den Krieg

so außerordentlich an Mitgliedern und Vermögen geschwächt sind, daß sie bei der jetzigen Konjunktur im Baugewerbe bei Kampfmaßnahmen keinerlei Aussicht auf Erfolg haben. Vielmehr können sie es als Erfolg buchen, wenn es ihnen gelingt, die Löhne trotz des Notstandes im Baugewerbe auf der bisherigen tariflichen Höhe zu erhalten, obwohl in dieser Zeit den Arbeitgebern nichts leichter wäre, als die Löhne wesentlich herabzumindern. Das sollten die Arbeiter auch bei zukünftigen Verhandlungen nicht vergessen!

Die lieben, guten Arbeitgeber! Die „Arbeitgeber-Zeitung“ scheint von den während des Krieges erfolgten Vertragsbrüchen der Unternehmer keine Kenntnis erlangt zu haben; wir wollen ihr verraten, daß die Fälle unberechtigten Lohnabzuges durchaus nicht selten waren. Der Arbeitgeber-Schutzverband als solcher hat allerdings die Geltung der Verträge auch während der Kriegsdauer ausdrücklich anerkannt, das lag aber in seinem wohlverstandenen eigenen Interesse. Mit dem Ausdruck der Erwartung, daß die Arbeiter aus Dankbarkeit für die doch keineswegs von allen Unternehmern bewiesene Vertragstreue bei den künftigen Verhandlungen besonders bescheiden auftreten, womöglich auf alle Forderungen verzichten, täuscht die „Arbeitgeber-Zeitung“ eine Naivität vor, die ihrem Wesen sonst fremd ist. Nein, die Arbeiter erkennen eine solche Dankesverpflichtung nicht an. Sie werden, wie sie es seither gewohnt waren, auch bei künftigen Tarifverhandlungen auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen und dementsprechend ihre Forderungen stellen. Durch das von der „Arbeitgeber-Zeitung“ für die künftigen Tarifverhandlungen aufgestellte Programm lassen wir uns nicht verblüffen. Es kann für unsere Kollegen nur ausrichtend wirken. Es ist eine Mahnung, auch während der Kriegszeit für den Ausbau des Verbandes zu wirken, um bei den Unternehmern nicht erst die Meinung aufkommen zu lassen, als seien die deutschen Holzarbeiter nicht mehr imstande, ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuüben.

## Die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Holzarbeiter.

In ihrer am 12. Oktober abgehaltenen Sitzung haben die Zentralvorstände der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände im Holzgewerbe Vereinbarungen über die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Holzarbeiter getroffen, die wir in Nr. 43 der Holzarbeiter-Zeitung im Wortlaut abgedruckt haben.

Um diese Vereinbarungen praktisch zur Durchführung zu bringen, erlassen nunmehr die Organisationsvorstände einen gemeinsamen Aufruf an die örtlichen Vorstände und die Mitglieder der Schlichtungskommissionen, die ersucht werden, unverzüglich gemeinsame Sitzungen abzuhalten, in denen die in Betracht kommenden Einzelfragen erörtert und die für ihre Durchführung erforderlichen Maßnahmen beschlossen werden sollen.

Zu diesen Maßnahmen gehört, daß die Vereinbarungen der Zentralvorstände vom 12. Oktober den behördlichen Fürsorgekommissionen oder Stadtverwaltungen, Lazarett-, Heil-, Kranken-, Versicherungsanstalten, Arbeitsnachweisen und überhaupt allen in Betracht kommenden Behörden, Vereinigungen und Personen mit einem von den Ortsparteien beizufügenden Anschreiben zu gestellt werden.

Ferner sind die erforderlichen Einrichtungen für die beschlossene Arbeitsvermittlung der Kriegsbeschädigten zu treffen. Die Personen, denen diese Aufgabe sowie die Berufsberatung der Verletzten obliegen soll, sind zu ernennen und in dem erwähnten Anschreiben den Fürsorgekommissionen usw. bekanntzugeben.

Sobald für alle in Betracht kommenden Orte die Personen oder Organe für unsere Berufsfürsorge ernannt sind, werden die Zentralvorstände dieses Adressenverzeichnis in einem Merkblatt für kriegsbeschädigte Holzarbeiter oder in sonst geeigneter Form den Lazarett- und Heilanstalten mit der Bitte übermitteln, es allen in ihrer Behandlung befindlichen Holzarbeitern auszuhändigen, damit diese von unseren Bestrebungen Kenntnis erhalten und sich selber bei den für sie errichteten Berufsorganen melden können.

Nachdrücklich wird auf die an vielen Orten bereits errichteten Arbeits- oder Lehrwerkstätten für die in der Heilung begriffenen Holzarbeiter hingewiesen und betont, daß unsere Berufsfürsorge auf diese Einrichtungen einen Einfluß zu erlangen suchen muß. Hierbei wird auf das in Berlin gegebene Beispiel aufmerksam gemacht, wo drei geeignete, mit Maschinen- und Werkzeugschule verbundene Werkstätten in der Nähe der großen Lazarette eingerichtet oder gemietet wurden, in welchen verletzte Holzarbeiter zunächst je zwei Stunden am Tage arbeiten sollen. Für die Leitung und Geschäftsführung wurde eine Kommission gebildet, welcher neben dem Direktor der Tischlerfachschule je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter angehören. Um zu verhindern, daß dem Gewerbe eine unliebsame Konkurrenz bereitet wird, ist in Aussicht genommen, daß in der Hauptsache Kiefern Kommoden usw. für Dispensen hergestellt werden.

Eine Aufgabe der Berufsberatung muß es sein, die bei den Verletzten noch vielzuwenig beobachtete Scheu gegen eine derartige Beschäftigung zu bekämpfen. Es kann und darf sich

bei dieser nicht darum handeln, die Renten herabzubringen. Darauf muß insbesondere auch die Leistung der Werkstätten achten, dann wird auch das Mißtrauen der Verletzten schwinden und manches Segensreiche für sie auf diese Weise erreicht werden können.

Aufgabe der örtlichen Beratungen muß es weiter sein, gemeinsame Vorkehrungen für die Feststellung der Zahl der Kriegsverletzten und die Art der Verletzungen für die aus ihrem Ortsbereich stammenden Kriegsteilnehmer zu treffen. Um den Gesamtumfang unserer Hilfsnotwendigkeit — besonders in der Frage der Arbeitsvermittlung — überblicken zu können, ist es unbedingt erforderlich, daß die Parteien umgehend und fortlaufend das Ergebnis ihrer Feststellungen an die Zentralvorstände einsenden. Es wird aber stets Wert darauf gelegt werden müssen, den Verletzten möglichst wieder in seinem früheren Betrieb unterzubringen.

Das Zusammensein aus dem vorgedachten Anlaß sollen die örtlichen Organe auch benutzen zur gemeinsamen

**Bekämpfung unlauterer Konkurrenz.**

Zu diesem Zweck sollen alle Beschwerden festgestellt werden, die sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter wegen unlauterer Konkurrenz und Preisdrückerei während der Kriegszeit zu erheben hatten. Hierbei kämen insbesondere die Methoden der Ausragsvergebung in Betracht, wie sie von Militär- und Zivilbehörden geübt wurden. In Klagen in dieser Hinsicht hat es bekanntlich nicht gefehlt. Um aber gegen bestehende Mißstände mit Erfolg vorgehen zu können, muß das vorliegende Tatsachennaterial festgestellt werden. Es wird daher zu erheben sein, welche Schädigungen des Gewerbes oder einzelner Gewerbeangehörigen vorgekommen sind und von wem sie ausgegangen. Wie weit dagegen in den einzelnen Orten schriftlich oder persönlich angekämpft worden ist und von wem.

Es wird erucht, über alle wichtigeren Einzelfälle möglichst genau und unter Beifügung der Akten an die Zentralvorstände zu berichten, um diese instandzusetzen, in geeigneter Weise gegen die Schädigung des Gewerbes vorzugehen. Die Bekämpfung dieser Schädigungen soll aber nicht den Zentralvorständen allein überlassen bleiben, deshalb, so heißt es in dem Zirkular der Zentralvorstände, „erscheint es uns geboten, daß sich die Ortsparteien in der Sitzung über alle von ihnen in dieser Richtung unternommenen Maßnahmen gegenseitig mitteilen und ihre dabei gemachten Erfahrungen miteinander austauschen, wie es sich überhaupt empfehlen wird, daß fortan mehr Gewicht auf die gemeinsame Bekämpfung der dem gesamten Gewerbe und seinen Angehörigen drohenden Schäden gelegt wird.“

Das Rundschreiben der Zentralvorstände sollte an allen Orten die erforderliche Beachtung finden. Es handelt sich um Fragen, die für das gesamte Gewerbe von großer Bedeutung sind und nur durch gemeinsame Arbeit der beiderseitigen Organisationen ihrer Lösung nähergebracht werden können. Die örtlichen Vertretungen der Parteien müssen sehr bald zusammentreten, denn die Zentralvorstände erwarten schon zum 15. Dezember die Einfindung der Sitzungsprotokolle. Die Vertreter unserer Kollegen sollten sich aber nicht darauf beschränken, ihre Berichte an den Verhandlungsstand zu senden. Es handelt sich um Angelegenheiten, die jeden einzelnen Kollegen interessieren. Sie müssen also zum Gegenstand einer eingehenden Besprechung in den Mitgliederversammlungen gemacht werden. Diesen wird hier ein recht dankbarer Stoß gegeben, der aber doch in engstem Zusammenhang mit den Bestrebungen unseres Verbandes steht, die nach wie vor auf die Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen für unsere Kollegen gerichtet sind.

**Anerkennung für die Gewerkschaften.**

Den Gewerkschaften ist für ihr Verhalten während der Kriegszeit wiederholt Anerkennung auch von solchen Stellen gezollt worden, von denen man weiß, daß ihnen die Bestrebungen der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Arbeitsgebiet durchaus nicht sympathisch sind. Neuerdings hat das 25jährige Jubiläum der Generalkommission wieder auch vielen bürgerlichen Blättern Veranlassung gegeben, des Wirkens der Gewerkschaften ehrend zu gedenken. Beachtenswert sind insbesondere die Auslassungen in der Korrespondenz „Ernährungsfragen“, und zwar deshalb, weil es sich um halbamtliche Äußerungen handelt. Es heißt dort:

„Vor kurzem hat die Generalkommission der (freien) Gewerkschaften Deutschlands die 25. Wiederkehr ihres Gründungstages gefeiert. Das Jubiläum fällt in eine Zeit, in der die ganze Öffentlichkeit ihm Teilnahme und Interesse entgegenbringen kann; denn die Gewerkschaften, deren Stellung und Bedeutung noch unmittelbar vor dem Kriege scharf umstritten war, haben sich in dem Kampfsjahr, das hinter uns liegt, als nützliche und wertvolle, ja in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinheitslebens bewährt. Sie haben das Vertrauen in die vaterländische Zuverlässigkeit und Opferbereitschaft des deutschen Arbeiters voll und gänzlich verdient. Die Politik der vorverhaltens- und bedingungslosen Hingabe an das kämpfende Vaterland auch gegen vereinzelte Widerstände aus ihnen naheheren Kreisen entschlossen vertreten, in ihrer Beredsamkeit und in ihrer Presse den nationalen Geist, den Risiken zum Durchhalten gepflegt. Sie haben auf den Gebieten der Kriegswirtschafts- und Kriegssozialpolitik geistreiche Anregungen gegeben, von denen ein Teil verwirklicht werden konnte, haben Militär- und Zivilbehörden ihre — meist gern angenommene — beratende und vermittelnde Tätigkeit zur Verfügung gestellt. In diesem weithin vaterländischen Sinne sind nicht bloß die freien, sondern in gleichem Maße die christlichen und die kirchlichen Gewerkschaften tätig gewesen — ebenso die verfassungsmäßig anerkannten Gewerkschaften der Deutschen Angestelltenbewegung. Die Anerkennung der Nation für die patriotische Leistung der organisierten Arbeiterschaft ist wiederholt vom Regierungsmund ausgesprochen worden.“

Das ist schön und gut, aber mit der Anerkennung der Nation, die sich lediglich in Worten vom Regierungsmund äußert, ist nicht zu rechnen, solange diesen Worten nicht entsprechende Taten folgen. Damit hapert es aber, Das Verhalten der Gewerkschaften war nicht diktiert von

der Aussicht auf Belohnung, sondern es liegt durchaus in der Richtung ihrer seitherigen Tätigkeit. Es liegt nicht an den Gewerkschaften, daß man bisher an den maßgebenden Stellen nicht einsehen wollte, daß die auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen der Förderung des Volkswohls zugute kommen und dem Volksganzen dienen. Wenn der Krieg und seine Begleiterscheinungen an jenen Stellen den Blick für die Bedeutung der Gewerkschaften geschärft hat, dann muß erwartet werden, daß endlich auch die notwendigen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen werden. Noch sind aber alle die Gesetze in Kraft, die dazu bestimmt sind, die Entwicklung der Gewerkschaften zu hemmen oder doch einen ausgesprochen gewerkschaftsfeindlichen Geist atmen. Noch sind keine Anstalten getroffen, mit diesem Unrat aufzuräumen, und solange das nicht geschieht, lassen uns die anerkennenden Worte, mögen sie nun am Regierungsmund fallen oder in der halbamtlichen Presse geäußert werden, kalt. Im vorliegenden Fall ist übrigens das Lob nur die Einleitung zu einer sanften Mahnung an die Adresse der Gewerkschaftsführer und der Gewerkschaftsblätter. Die Korrespondenz fährt nämlich fort:

„Eine besonders große und wichtige Aufgabe fällt den Gewerkschaften auf dem Gebiete des Ernährungs- wesen zu. Die Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsblätter besitzen entscheidenden Einfluß auf erhebliche Massen der städtischen Bevölkerung. Ton und Tendenz ihrer Darlegungen und Ausführungen entscheiden einigermassen über die Ruhe oder die Nervosität, mit der ihre Hörer und Leser die Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkt betrachten. Natürlicher Weise kann daran, den Gewerkschaftsorganen zuzumuten, daß sie sich eine nach ihrer Ansicht nötige Kritik versagen. Aber auf der anderen Seite entspricht es doch nur ihrem eigenen, selbst- und freigewählten Programm positiver Staatsbejahung und bedingungslosen Durchhaltens bis zum glücklichen Ende, wenn sie durch sachgemäße Aufklärung und Beruhigung mit dazu beitragen, daß jede, auch die geringste Störung und Hemmung unserer Kriegsführung durch die Ernährungsfrage unterbleibt. Dies zu erreichen, ist durchaus möglich; denn die Mißlichkeiten in der Lebensmittelversorgung sind nicht so schwerwiegend, daß man sich mit ihnen bei einigem guten Willen in einer Zeit, wo Millionen auf den Schlachtfeldern bluten, wo die Schicksale führender Großstaaten in den Schmelztiegel ge-

**Gedenket der Kollegen im Felde!  
Kauft Kriegsmarken für die Weihnachtsgabe  
an die Frauen der Kriegsteilnehmer!**

worfen sind, nicht abfinden könnte. Die Gewerkschaften werden zweifellos in diesem Punkte ganz ebenso wie in ihrer übrigen Kriegsarbeit weiterhin ihre vaterländische Pflicht erfüllen. Sie haben im ersten Kriegswinter an der Volksbelehrung über die notwendige Einschränkung des Mehl- und Brotverbrauchs lebhaft mitgewirkt; sie werden auch im zweiten ihren Anteil an der allgemeinen, nationalen Aufklärungsarbeit übernehmen.“

Die Gewerkschaftspresse hat in der Tat wesentlich an der sachgemäßen Aufklärung in den Ernährungsfragen mitgearbeitet und wird das auch weiterhin tun. Hoffentlich soll aber mit dieser freundlichen Mahnung nicht gesagt sein, daß die Gewerkschaftspresse ausschließlich im Sinne der „Beruhigung“ wirken soll in der Weise, daß sie ihre Leser zu beeinflussen versucht, die herrschende Teuerung als eine unabänderliche Schickung hinzunehmen. Die Beruhigung ist doch lediglich eine Folge des unerhörten Wuchers, unter dem das Volk leidet. Gegen den Lebensmittelwucher sind aber die beruflichen Organe nicht zeitig genug und nicht mit der erforderlichen Energie aufgetreten. Erst die laute Äußerung des Unwillens hat eine kleine Besserung der Verhältnisse gebracht, die nicht verkannt werden soll. Aber die getroffenen Maßnahmen reichen noch bei weitem nicht aus, den Wucherern völlig das Handwerk zu legen. Man hat die Dinge soweit sich entwickeln lassen, daß bei den Ermahnungen, beruhigend und auflärend zu wirken, unwillkürlich der Verdacht rege wird, als handele es sich darum, den Wucherern den ungestörten Genuß ihrer Beute zu sichern. Die Beruhigung des Volkes in bezug auf das Ernährungs- wesen wird von selbst eintreten, wenn dem Lebensmittelwucher unnachgiebig zu Leibe gegangen wird. Darauf hinzuwirken ist eine wichtige Aufgabe, der sich auch die Gewerkschaftspresse nicht entziehen kann.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 49. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Zu Neujahr 1916 werden sämtliche alten Beitragsmarken eingezogen und dafür neue Marken ausgegeben, worauf wir die zahlstellerschwächeren sowohl als auch alle Verbandsmitglieder hierdurch aufmerksam machen. Den Mitgliedern empfehlen wir dringend, dafür zu sorgen, daß sie am Jahresfluß mit der Beitragszahlung auf dem laufenden sind.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 210008 Stanislaus Czoch, Tischl., geb. 22. 2. 72 zu Kiefernfeld.
- 322029 Stefan Krzyznowski, Tischl., geb. 13. 8. 82 zu Onesen.
- 382478 Peter Mellichar, Säger, geb. 29. 6. 55 zu Gragen.
- 702263 Max Ebers, Tischler, geb. 26. 1. 67 zu Berlin.
- 743206 Hermann Belgien, Tischler, geb. 15. 2. 85 zu Ruthen.

Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Hamburg (K o r b m a c h e r).** Die Geschloßforstfabrikation wurde auch hier in größerem Umfange betrieben, so daß im April d. J. circa 800 Personen in den Werkstätten beschäftigt wurden. Doch schon Ende Mai machte sich ein Niedergang der Konjunktur bemerkbar, der im Oktober noch fühlbarer wurde. Es mußte auch festgestellt werden, daß die Heimarbeit einen größeren Umfang angenommen hatte. Die Sektionsleitung wurde deshalb beauftragt, sich mit den Arbeitgebern in Verbindung zu setzen, um zu verhüten, daß Zustände eintreten, die das ganze Korbmachergewerbe in Hamburg dauernd schädigen. Die Arbeitgeber sagten ihre Bereitwilligkeit zu, und nachstehende Sähe wurden gemeinsam beschlossen: 1. Die Schädigung der Gefängnisarbeit wird anerkannt. Zur Beseitigung derselben soll baldmöglichst eine gemeinsame Eingabe an die in Frage kommenden Instanzen gerichtet werden. 2. Die Haus- und Heimarbeit ist soweit einzuschränken, daß die Werkstattdarbeiter durch dieselbe keinen Schaden erleiden. 3. Bevor Werkstattdarbeiter entlassen werden, ist die Arbeitsleistung resp. Arbeitszeit einzuschränken; sollten trotzdem Entlassungen nötig sein, so sind möglichst die ungeratenen Arbeiter zuerst zu entlassen. 4. Zum Zwecke der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Korbgewerbe sollen von beiden Parteien Satzungen ausgearbeitet werden. Zur Beratung derselben soll alsdann baldmöglichst eine gemeinschaftliche Sitzung stattfinden. 5. Die jetzt bestehenden und vereinbarten Abnisse auf Geschloßförbe und Regierungsarbeiten sollen während der Kriegszeit unverändert bleiben. 6. Bei Privatarbeiten wird vom Tage dieser Vereinbarung ab ein Zuschlag von 35 Prozent gezahlt. — Herr Heitmann, welcher den Beratungen nicht beizuwohnt, gab später seine Zustimmung zu diesen Vereinbarungen. Die Arbeitgeber werden nun zeigen müssen, daß es ihnen Ernst ist mit der Absicht, das Korbmachergewerbe in Hamburg vor schweren Schädigungen zu bewahren. Die Arbeiter haben während der Kriegszeit jede Störung vermieden, obwohl die Löhne auf die Geschloßförbe niedriger standen als in anderen Großstädten. Sie hielten sich an die getroffenen Vereinbarungen. Die neuerlichen Vereinbarungen haben weitere Grundlagen geschaffen, welche zur weiteren Entwicklung des Gewerbes nützlich sind. Die Arbeiter haben die Pflicht, darauf zu achten, daß das Geschlossene zur Durchführung gelangt und gehalten wird. Die Kollegen müssen ihre Leitung unterstützen und sie von allen Vorkommenissen in den Werkstätten unterrichten. Alle Mitteilungen und Anfragen sind bis auf weiteres an den Kollegen J. Gudenrath, Einsbütteler Str. 12, zu richten.

**Teuerungszulagen und Lohnbewegungen.**

In Manzell bei Friedrichshafen ist es nach langwierigen schriftlichen Verhandlungen endlich gelungen, im Flugzeugbau zu der bisherigen zehnjährigen Teuerungszulage weitere 10 Prozent Zulage zu erreichen. In Vertragsverhandlungen war die Firma nicht zu bewegen, wohl in der Erkenntnis, daß sie dann ihre im Verhältnis zu anderen Betrieben derselben Branche immer noch zu niedrigen Löhne recht ansehnlich erhöhen müßte. Statt dessen wollte sie die Arbeiter mit einem Prämien-system beschenken und hatte hierzu einen ziemlich umfangreichen Entwurf ausgearbeitet. Die dort Beschäftigten schienen aber für die guten Absichten der Firma kein Verständnis zu haben, sie lehnten die ganze Sache einstimmig ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Firma erneut darauf zurückkommt, weshalb es gut sein wird, wenn die Arbeiter auf der Hut sind. Trotzdem die Firma ausschließlich mit Staatsaufträgen gefüttert wird, lehnt sie es ab, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln, ein Beweis, wie in Unternehmertreihen der Burgfriede aufgeföhrt wird. Die dort Beschäftigten werden daraus die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen wissen.

**Wissenswertes für Kriegsteilnehmer.**

**Nachforschung nach Vermißten.** Das preussische Kriegsministerium hat sich in einem Schreiben auf eine Anfrage über die Nachforschungen nach Vermißten folgendermaßen geäußert: „Die Nachforschungen nach Vermißten werden nach folgenden Grundsätzen betrieben: Den Feld- und Ersatztruppenteilen und Lazaretten werden von Zeit zu Zeit namentliche Listen der Vermißten zugesandt zur Kenne, was dort über den Verbleib der Leute bekannt geworden ist. Dann steht das Zentralnachweisebureau in engster Verbindung zwecks Nachrichtenaustausch mit dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz und den diesen angegliederten Landesvereinen sowie der kirchlichen Auskunftsstelle für Vermißte in Paderborn. Diese Stellen haben auf Grund ihrer Beziehungen zum feindlichen Auslande schon recht gute Resultate erzielt. Auch durch Bearbeitung der dem Kriegsministerium aus den Etappengebieten zugehenden Gräberlisten konnten bisher viele Vermißte nachgewiesen werden. Jede dem Zentralnachweisebureau mündlich oder schriftlich zur Kenntnis gelangende Spur wird einzeln verfolgt, Kameraden und Kriegsgefangene selbst im feindlichen Auslande werden protokolllarisch vernommen; keine Arbeit und Mühe wird gelockt, um die Zahl der Vermißten zu verringern und den Angehörigen Beruhigung und Gewißheit zu verschaffen. So konnte in der preussischen Verlustliste Nr. 360 die erste Liste des Ergebnisses der Nachforschungen nach Vermißten veröffentlicht werden. Das Kriegsministerium bemerkt, daß die Truppenteile die Angehörigen Gesallener nach Möglichkeit benachrichtigen; eine Verpflichtung hierzu kann nicht gefordert werden. Das Kriegsministerium bittet zu berücksichtigen, daß die Benachrichtigung der Angehörigen angesichts des Feindes oft nicht möglich ist.“

**Anstellungsschein für den Unterbeamtendienst und die Kriegsbeschädigten.** Die Verleihung des Anstellungsscheins für den Unterbeamtendienst kommt nach einer in der neuesten Nummer der vom Preussischen Kriegsministerium herausgegebenen „Anstellungsberichte“ erschienenen Notiz auf ausdrücklichen Antrag für diejenigen Nichtkapitulanten in Frage, die infolge ihrer Gesundheitsstörungen die frühere Erwerbstätigkeit nicht wieder aufnehmen können, oder die für den Unterbeamtendienst besonders geeignet sind. Die Frage, ob ein Berufswechsel notwendig ist, soll auch von dem sozialen Gesichtspunkte aus geprüft werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die infolge einer

Dienstbeschädigung mit Rente zu versorgenden Kriegsbeschädigten, soweit es irgend möglich ist, ihrem früher ausgeübten Beruf erhalten bleiben. Vorschriften über die Beurteilung der Frage der Notwendigkeit des Berufswechsels lassen sich nicht geben. Sedenfalls sollen nach dem Erlaß des Preussischen Kriegsministeriums berufstechnische vertrauenswürdig Sachverständige gehört werden. Es soll verhindert werden, daß durch eine zu große Bewilligung der Aufstellungsscheine diese entwertet werden. Nachdem Bewerber werden später große Enttäuschungen erpart, da durch eine übermäßige Verteilung der Scheine es vielleicht nicht möglich wäre, später die Bewerber unterzubringen.

**Beurlaubung der ein Jahr im Felde stehenden Mannschaften.** Die Presse verbreitet den folgenden, dem Reichstagsabgeordneten Propst Poppe zugegangenen Brief aus dem Kriegsministerium: „Ew. Hochwürden erwidert das Kriegsministerium auf das gefällige Schreiben vom 25. September 1915 ergebenst, daß bei Mannschaften, die schon über ein Jahr im Felde stehen, ein Urlaubbedürfnis auch ohne amtliche Bescheinigung eines Notstandes im allgemeinen ohne weiteres anzuerkennen ist. Die militärischen Dienststellen sind hierauf hingewiesen worden mit dem Bemerkten, daß hier keine Bedenken bestehen, solchen Mannschaften ohne Vorbringung einer amtlichen Bescheinigung Urlaub zu erteilen, sofern die dienstlichen Interessen es irgend gestatten.“

Diese Rundgebung wird verschiedentlich so aufgefaßt, als ob alle über ein Jahr im Felde stehenden Mannschaften nunmehr Anspruch auf Urlaub haben. Diese Annahme ist irrig. Bisher wurde in der Regel nur dann Urlaub gewährt, wenn das Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses amtlich bescheinigt war. Lediglich die Beschaffung dieser amtlichen Bescheinigung ist für Mannschaften, die über ein Jahr im Felde waren, als nicht mehr erforderlich erklärt. Die Urlaubserteilung selbst richtet sich auch weiter nach den Verhältnissen bei den einzelnen Truppenteilen, von denen es allein abhängt, ob Beurlaubungen in größerem oder geringerem Umfang erfolgen.

**Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1914.**

Später als gewöhnlich hat in diesem Jahre die Generalkommission ihre übliche Gewerkschaftsstatistik herausgebracht. Das ist aber erklärlich, angesichts der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren. Der Krieg hat auf die Gewerkschaften einen tiefgehenden Einfluß ausgeübt. Um diesen zahlenmäßig zu erfassen, wurde außer der Aufstellung für das ganze Jahr noch je eine besondere Uebersicht für jedes der beiden Halbjahre gegeben.

Die normale Entwicklung der Gewerkschaften ist durch den Ausbruch des Krieges jäh unterbrochen worden. Die Mitgliederzahlen sind stark vermindert, die Einnahmen zurückgegangen, die Ausgaben gestiegen. Die Gewerkschaften wurden plötzlich vor neue, ungeheure Aufgaben gestellt, aber diese Aufgaben wurden gelöst. Die Grundlage, auf der unsere Organisationen aufgebaut sind, haben sich als gesund und zuverlässig erwiesen. Nachdem die Gewerkschaften die schwere Belastungsprobe des Krieges bestanden haben, dürfen wir ihrer Entwicklung in der Zeit nach dem Kriege hoffnungsvoll entgegenblicken. Das ist kurzgefaßt das Resultat, das wir aus der Gewerkschaftsstatistik ziehen können.

Es ist eine oft beobachtete Erscheinung, daß die Wirtschaftslage einen starken Einfluß auf den Erfolg der Werbetätigkeit der Gewerkschaften ausübt. So bewirkte auch die Wirtschaftskrise im Jahre 1913 einen leichten Rückgang der Mitgliederzahlen. Diese Periode des Rückganges schien überwunden, als der Krieg ausbrach. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die im zweiten Quartal 1914 noch 2 482 046 betragen hatte, ging im dritten Quartal auf 1 677 494 zurück und betrug am Jahresluß nur noch 1 485 428. Im laufenden Jahr sind die Mitgliederzahlen infolge der fortgesetzten Einberufungen noch beträchtlich weiter zurückgegangen.

Bedauerlich ist die Tatsache, daß der Mitgliederverlust die Zahl der Einberufungen nicht unwesentlich übersteigt. Bis zum Jahresluß waren 746 651 Mitglieder als einberufen gemeldet, die Mitgliederzahl war aber um 698 600 zurückgegangen. Zum Teil erklärt sich die Differenz daraus, daß viele Eingezeichnete sich nicht abgemeldet haben, aber trotzdem muß festgestellt werden, daß eine erhebliche Zahl Gewerkschaftsmitglieder ihre Organisation im Stich gelassen hat. Das trifft auch für eine erhebliche Zahl weiblicher Mitglieder zu. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ging von 223 878 im Jahresdurchschnitt 1913 auf 203 648 im Jahresdurchschnitt 1914 zurück. So unerfreulich dieses Ergebnis an sich ist, so liegt doch kein Anlaß zu Besorgnis vor. Die Hoffnung ist durchaus begründet, daß die Verluste nach dem Kriege bald wieder eingebracht werden.

Die 46 Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1914 2 052 377 Mitglieder. Ihre Jahreseinnahme betrug 70 871 954 Mk., ihre Jahresausgabe 79 647 272 Mk. Der Vermögensbestand betrug am Jahresluß 81 415 535 Mk., davon 62 974 787 Mk. in den Hauptkassen. Die Kassenberichte für die beiden Halbjahre weisen aber sehr beträchtliche Unterschiede auf. Der wichtigste Einnahmeposten sind die Mitgliederbeiträge. Sie betrugen im ersten Halbjahr 37 717 301 Mk., im zweiten Halbjahr aber nur 27 519 395 Mk. Auf den Kopf des Mitgliedes kommen im ersten Halbjahr 15,18 Mk., im zweiten aber 16,73 Mk. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis; die Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder ist während des Krieges gestiegen.

Von den Ausgaben der Gewerkschaften steht fast die Streikunterstützung an erster Stelle. Im Jahre 1913 wurden für diesen Zweck noch 16 000 254 Mk. aufgewendet. Im Jahre 1914 nur 5 217 641 Mk. Davon entfallen 4 004 765 Mk. auf die erste Jahreshälfte. Das ist im zweiten Halbjahr noch 1 212 976 Mk. an Streikunterstützung aufgewendet wurden, findet seine Erklärung darin, daß der erste Monat des zweiten Halbjahrs noch in den Frieden fällt, und manche Beträge, die schon im zweiten Quartal ausgegeben waren, erst im dritten Quartal verrecknet sein dürften.

Im Jahre 1914 erforderte die Arbeitslosenunterstützung die Summe von 23 718 902 Mk. Davon entfallen auf die erste Jahreshälfte 7 754 382 Mk. oder pro Kopf des Mitgliedes 3,12 Mk. Im zweiten Halbjahr wurden

15 920 006 Mk. ausgegeben, das sind auf den Kopf des Mitgliedes 9,08 Mk. In unserem Deutschen Solzarbeiter-Verband wurden im zweiten Halbjahr 1914 auf den Kopf des Mitgliedes 25,17 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt, ein Betrag, der nur von wenigen Verbänden überschritten wurde. Es sind das die Putzmacher mit 30,55 Mk., Bildhauer mit 33,26 Mk., Buchdrucker mit 45,24 Mk. und die Holzgraphen mit 48,57 Mk.

Die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer hat seinerzeit zu lebhaften Diskussionen geführt. Die Statistik ergibt aber, daß nur drei Organisationen — Buchdruckerhilfsarbeiter, Lithographen und Porzellanarbeiter — für diesen Zweck keine Aufwendungen gemacht haben. Insgesamt haben die Gewerkschaften 6 475 669 Mk. an Familienunterstützung aufgewendet. Das gibt auf den Kopf des Mitgliedes durchschnittlich 3,94 Mk. Unser Solzarbeiter-Verband steht auch hier bei einer Ausgabe von 7,14 Mk. auf den Kopf des Verbandsmitgliedes mit an erster Stelle.

Trotz der gewaltig gestiegenen Ausgaben hat sich das Vermögen der Zentralverbände im Jahre 1914 nur um sieben Millionen Mark verringert. Das ist der gesteigerten Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder während des Krieges zu danken, auf die bereits hingewiesen ist. Das ist ein Moment von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wenn auch eine Anzahl Gewerkschaftsmitglieder ihre Organisation in der Zeit der Not fahnenflüchtig verlassen haben, so hat das Gros der Organisierten bewiesen, daß es die Bedeutung der Gewerkschaften begriffen hat. Sie wissen den Wert ihres Verbandes zu würdigen und scheuen kein Opfer, ihn über die Fährnisse hinwegzuhelfen. Das löst uns, trotz der schweren Zeit, in der wir leben, vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Unter der Einwirkung des Krieges haben auch die anderen Gewerkschaftsorganisationen in ähnlicher Weise gelitten wie die Zentralverbände. Das zeigt die nachfolgende Tabelle, bei der zu beachten ist, daß die Mitgliederzahlen bei den Zentralverbänden und den christlichen Gewerkschaften die Jahresdurchschnittszahlen sind.

Jahr	Mitglieder	Zunahme oder Abnahme gegenüber dem Vorjahre		Ausgaben (Einnahmen und Gewinne)	Vermögen (Ausgaben)		Arbeitslosen- und Familienunterstützung	
		Absolut	Prozent		Mk.	Mk.	Angel.	Pro Kopf
<b>Zentralverbände</b>								
1913	2 548 764	+ 1 837 311	+ 72,7%	175 422 171	6 883 802 508 101	11 877 180 691 771	5,12	
1914	2 052 377	- 496 386	- 19,4%	600 148 521	2 055 481 018 111	23 444 24 721 796	12,08	
<b>Christliche Gewerkschaften</b>								
1913	1 066 618	- 260 711	- 24,4%	45 944 431	4 800 066	4 092 847 449	3,81	
1914	777 410	- 289 207	- 27,0%	189 923 244	6 010 166	7 851 510 588	8,04	

Aus dieser vergleichenden Zusammenfassung ist auch ersichtlich, wie sehr die Zentralverbände den anderen Gewerkschaftsrichtungen überlegen sind. Nicht nur hinsichtlich der Mitgliederzahl, sondern auch hinsichtlich der Leistungen für die Mitglieder. Die Zentralverbände sind die maßgebenden Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland. Das war bisher schon so und wird hoffentlich nach dem Kriege in noch höherem Maße der Fall sein. Notwendig ist es aber, daß die Gewerkschaften auch weiterhin intakt gehalten werden. Die im Felde stehenden Gewerkschaftsmitglieder sollen sie bei ihrer Rückkehr im gleichen guten Zustand wiederfinden, wie sie sie verlassen haben. Die Erhaltung der Schlagfertigkeit der Organisationen ist aber um so notwendiger, als wir voraussichtlich nach dem Kriege ersten wirtschaftlichen Auseinandersetzungen entgegengehen, die nur dann ein günstiges Ergebnis versprechen, wenn die Arbeiter sich auf leistungsfähige Organisationen stützen können.

**Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.**

Der Revers, durch welchen sich die Angestellten und Arbeiter der bayerischen Verkehrsanstalten verpflichten müssen, auf das Streikrecht zu verzichten, hat in den letzten Jahren in der inneren Politik Bayerns eine große Rolle gespielt. Wir haben den Ursprung des Reverses und die neuesten Versuche, ihn zu beseitigen, zuletzt in Nr. 42 der „Solzarbeiter-Zeitung“ behandelt. In der Sitzung des Finanzausschusses der bayerischen Kammer am 6. Oktober erklärte der Ministerpräsident Graf Hertling, daß die Regierung nicht gewillt sei, unter allen Umständen an Revers festzuhalten. Sie habe aber eine Konferenz aller deutschen Eisenbahnverwaltungen angeregt, um eine gemeinsame Stellungnahme herbeizuführen.

Diese Regierungskonferenz hat inzwischen stattgefunden und das Ergebnis gehabt, daß an dem Grundsatz festgehalten wird, daß für das Personal der Verkehrsanstalten der Streik als zulässiges Kampfmittel nicht in Betracht kommen könne. Die bayerische Regierung hat daraufhin den Revers aufgehoben und statt dessen in das Beamtengesetz und die Dienstordnung für die Verkehrsanstalten folgende Bestimmung aufgenommen:

„Die Teilnahme an Bestrebungen, die den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, ist verboten; darunter fällt insbesondere die Teilnahme an Vereinen, deren Zwecke oder Bestrebungen der Gefahr eines Ausstandes herbeizuführen geeignet sind.“

Bisher waren in den Bestimmungen die freien Verbände der Transportarbeiter und der Metallarbeiter sowie der Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals als Organisationen namhaft gemacht, deren Mitgliedschaft verboten war. Das ist jetzt weggelassen. Dagegen heißt es in der offiziellen Rundgebung in der „Bayerischen Staatszeitung“: „Sollten sich bei einzelnen Organisationen Bestrebungen zeigen, die den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, insbesondere solche, die die Gefahr eines Ausstandes herbeizuführen geeignet wären, so würden die Dienstordnungen und die Aufnahmebestimmungen die Möglichkeit bieten, dagegen einzuschreiten.“

In der Plenarsitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer am 23. November stand diese Angelegenheit zufolge einer sozialdemokratischen Interpellation auf der Tagesordnung. Auf die bestimmte Anfrage, wie sich die Regierung künftig zu den Gewerkschaften stellen werde, gab

der Ministerpräsident Graf Hertling folgende Erklärung ab:

„Ob die Teilnahme an den freien Gewerkschaften nicht den staatlichen Interessen zuwiderläuft, hängt von dem Verhalten dieser Organisationen ab. Die Regierung erwartet, daß diese Organisationen die besonderen Pflichten der Angehörigen der Verkehrsanstalten anerkennen und sich in dieser Richtung auf den Boden unserer Bestrebungen stellen. Unter diesen Voraussetzungen soll den freien Gewerkschaften nichts in der Wege gestellt werden. Das gilt auch für den Süddeutschen Eisenbahnerverband.“

Mit dieser Erklärung hat die parlamentarische Aktion in der Angelegenheit ihre Erledigung gefunden. Wenn man aber die Frage stellt, ob nunmehr das Koalitionsrecht der Arbeiter in den staatlichen Verkehrsanstalten sichergestellt ist, dann müssen wir sie mit Nein beantworten. Der Revers ist aufgehoben, die bayerischen Staatsarbeiter dürfen den Gewerkschaften beitreten. Aber das ist eine Erlaubnis auf Widerruf. Auch nach den neuen Bestimmungen ist die Regierung jederzeit in der Lage, die Teilnahme an den Gewerkschaften zu verbieten. Oder wird etwa erwartet, daß die Organisationen, die für die Arbeiter der Verkehrsanstalten in Betracht kommen, allgemein oder nur für diese Arbeiter auf das Streikrecht verzichten? Das ist ausgeschlossen, denn diese Organisationen würden dann aufgehoben, Gewerkschaften zu sein.

Das Streikrecht ist ein unveräußerlicher Bestandteil des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Wenn der Staat als Unternehmer sich gegen die Gefahr eines Ausstandes sichern will, dann muß er die Arbeitsbedingungen so gestalten, daß diese Gefahr dadurch ausgeschlossen wird. Ebenso wenig, wie man dem Privatunternehmer das Recht zugestehen kann, über die Organisation der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter zu entscheiden, kann dieses Recht dem Staat als Arbeitgeber zugestanden werden. Der Umstand, daß es bisher noch nicht zu einem Streik in den staatlichen Verkehrsanstalten in Deutschland gekommen ist, und dieses Kampfmittel voraussichtlich auch künftig für diese Betriebe nicht in Betracht kommen wird, kann bei der Beurteilung der Frage völlig ausfallen. Es handelt sich um eine Rechtsfrage, die durch den Erlass, den man in Bayern dem aufgehobenen Revers gegeben hat, nicht gelöst ist. Das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter wird voraussichtlich für die deutsche Arbeiterschaft eine noch viel größere Bedeutung erlangen, als es jetzt schon hat. Wir werden deshalb nicht ruhen dürfen, ehe nicht das vorbehaltlose Koalitionsrecht allen Arbeitern in Deutschland eingeräumt ist.

**Die Gedenkfeier der Generalkommission.**

Am 18. November fand, wie das „Correspondenzblatt“ berichtet, anläßlich der Vorstandskonferenz eine kleine intime Gedenkfeier des 25. Jahrestages der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften statt. Außer der Generalkommission und den Vorstandsvorstreitern nahmen Vertreter des Parteivorstandes, des Zentralvorstandes deutscher Konsumvereine und der Berliner Gewerkschaftskommission an der Feier teil. Ferner waren von den Mitgliedern der ersten Generalkommission die Genossen von Elm aus Hamburg, Schwarz-Eitel und Glöde-Berlin erschienen, sowie Genossen und Genossinnen, die in früheren Jahren Mitglieder der Generalkommission waren, und als Vertreter des Kieler Wahlkreises der Genosse Rindfleisch.

Am den Bericht über die Feier, welche dem Ernst der Zeit entsprechend auch ernst gehalten war, schließt die Generalkommission folgende Dankagung:

Groß ist in dieser schweren Prüfungszeit die Zahl derjenigen, die des Tages gedacht haben, an dem vor 25 Jahren die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland herbeigeführt wurde. Aus allen Landesteilen, aus dem Auslande wie auch von den im Felde stehenden Gewerkschaftsmitgliedern sind uns Glückwünsche zu dem Gedenktage gelangt worden. Allen Glückwünschenden sprechen wir für die der Organisationsleitung der Arbeiterklasse erwiesene Herzlichkeit unseren wärmsten Dank aus.

**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**

Berlin, 23. November 1915.

Der Dankagung der Generalkommission schließt ich mich insbesondere für diejenigen an, die mir persönlich einen Glückwunsch zur Erinnerungsfeyer gesandt haben. Auch den Mitgliedern der Generalkommission, den Verbandsvorständen, dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei und dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine will ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen für die Widmungen in der Adresse, die für mich einen unschätzbaren Wert haben, und ein Gedenkblatt für die gewerkschaftliche Arbeit und den solidarischen Geist der Arbeiterklasse auch in ferneren Zeiten bleiben wird.

Berlin, 23. November 1915.

**Von unseren Kollegen im Felde.**

**Das Eisenerz Kreuz.** Nach den uns zugegangenen Mitteilungen wurden die nachbenannten Kollegen mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet: Isidor Somet, Steinhauer, aus Bayreuth; Carl Leonhardt, Maschinenarbeiter, aus Berlin, wurde zugleich zum Unteroffizier befördert; Hermann Gebauer, Tischler, aus Frankenstein i. Schl.; Paul Hans, Tischler, aus G. F. L.; Arthur Friedemann aus Sangerhausen ist auch zum Unteroffizier befördert; Max Kollwig, Tischler, Karl Streckfuß, Korbmacher, und Alfred Wüsteberg, Korbmacher, alle drei Kollegen aus Zeitz, wurden auch zu Unteroffizieren befördert; Johann Roth aus Piradort, Michael Kraus aus Piradort erhielt die Silberne Tapferkeitsmedaille. Ferner werden wir erlaut, davon Notiz zu nehmen, daß die nachbenannten Kollegen zu Unteroffizieren befördert wurden: Adam Knapp, Kaffierer der Zahlstelle Dacmitadt; Paul Knosppe, Steinhauer, aus G. F. L. und Martin Baier, Schreiner, aus Pforzheim.

### Eine Stimme aus dem Felde.

Ein bekannter Kollege aus Hamburg, der seit Kriegsbeginn im Felde steht, sendet ein längeres Schreiben von der Front im Osten, in welchem er zunächst des Rückkäums der Generalkommission gedenkt; dann fährt er fort:

Gedenket der Kollegen im Felde! So ruft der Vorstand in Nr. 46 unserer Zeitung unseren Dahimgeliebten zu. Wie ein Sonnenstrahl aus der Heimat dringt mir dieser Ruf im Osten ins Herz. Möge er Widerhall finden bei allen, die noch in der Lage sind, den hilfsbedürftigen Familien unserer im Felde stehenden Kollegen zu helfen. Ich bin überzeugt, daß dieser Ruf nicht ungehört verhallen wird, und daß sich der altbekannte Opfermuth unserer einsichtigen Kollegen aufs neue bewähren wird. Aus meiner mehr als 25jährigen Verbandszugehörigkeit weiß ich aber auch, daß manche Kollegen die Taschen zugetupft halten und sich einreden, daß sie nicht beisteuern, nicht helfen können, weil sie schon der Opfer genug gebracht hätten usw. Solche Egoisten müßten einmal die Freuden russischer Kultur genießen, ich wünsche diese nicht in die Schützengraben, für diese genügt ein mehrtägiger Marsch durch Rußlands weiche Marschstraßen und Ruhe in den von Viehzeug aller Art bevölkerten russischen Quartieren. Ich glaube sicher, daß, wenn diesen nach gesammelter Erfahrung im Felde gestellt wird, sie freudigen Herzens recht viele „Kriegsmarken“ erwerben würden und damit ein kleineres Opfer bringen. (Während ich dieses schreibe, sind von den im Quartier anwesenden fünf Mann zwei mit entblößtem Oberkörper auf der Laufjagd.) Über die Tatsache besteht, daß auch in dieser schweren Zeit in unseren Reihen Dürdeberger vorhanden sind, die nichts oder wenig für die anderen übrig haben, und hieraus entsteht ein Mangel oder eine Lücke in den aufgestellten Berechnungen des Vorstandes, und diese muß und wird meines Erachtens ausgefüllt werden.

Wohlan, Kollegen, die wir im Felde stehen! Auch wir können zum Teil, und die es können, wollen uns mitbeteiligen an dem Hilfswerte, das unser Vorstand in anerkennenswerter Weise einleitet. Wir, die im Felde körperliche und seelische Opfer bringen, wollen auch noch in Feindesland nach Möglichkeit finanzielle Opfer bringen für die Familien unserer Verbandskriegskameraden. Wir können und wir wollen. — Beschämen wollen wir die engherzigen Ochsen und Fahnenflüchtigen. Den einen oder anderen haben die Zeitverhältnisse unerwartet in den bunten Rod gesteckt, und der es früher mit der Organisationstreue nicht besonders streng genommen hat, wird im Felde ganz empört sein, wenn er im kleineren Gefechtsverbande, auf Rattrouille oder in Gefahr von seinen Kameraden verlassen wird. Er, der früher oftmals die Fahne der Organisation ohne Not verließ, wird hier in Feindesland dann über Feigheit und Unkollegialität bittere Klagen führen. Möge denen, die es angeht, diese Tatsache eine heilsame Lehre bleiben. —

Ihr Kollegen in der Heimat! Ihr Frauen und Kinder, die wir, einem höheren Rufe folgend, verlassen mußten! Unsere Gedanken sind bei Euch; Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen. Ihr Kollegen daheim, die Ihr bereit seid, unseren Familien zu helfen! Wir wollen Euch mit unterstützen in Euren Hilfswerte. — So wie ich, werden noch eine große Anzahl Kollegen im Felde keine Gelegenheiten haben, selbst für Geld Lebensmittel oder Gebrauchsgegenstände zu kaufen, oder erhielten durch Abkommandierung zu anderen Truppen teilen oder Formationen oder auch bei Transporten längere Zeit keine Löhnung. Auf diese Weise erhielt ich am letzten

Wohnungstage 4 Deladen ausgezahlt. Die Sorge um die Anlage dieses durch Kriegsgelder noch wesentlich erhöhten Kapitals wurde wesentlich abgeschwächt durch den Appell unseres Vorstandes, und ich habe einstimmig beschlossen, eine ganze Kriegslöhnung in „Kriegsmarken“ anzulegen, das sind zehn Markten à 50 Pf. So wünsche und hoffe ich, daß auch andere Feldkollegen denken und handeln werden. — Solidarität für immer, wie groß auch die räumliche Trennung, Treue um Treue. — So wollen wir zusammenarbeiten, Hand in Hand, auch in schwerster Zeit, und wenn nach weiteren Dezennien der Geschichtsdreher der Arbeiterbewegung über den großen Weltkrieg berichtet, so kann nicht vergessen werden, wie auch hier das alles umhüllende Band der Solidarität über die schwersten Nöte hinweggeholfen hat. Daß die Kollegen daheim und die im Felde sich unzertrennbar die Hand reichen, ist eine der schönsten Früchte 25jähriger Organisationsarbeit. Unser die Zukunft trotz aller Hindernisse. Kollegen daheim! Kopf hoch, haltet aus. Euer Kollege W. W.

deutscher Konsumvereine. Zu erwähnen ist noch, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisiert sind, und daß die Genossenschaft tariflich vereinbarte Löhne zahlt.

### Abalbert Gremski gestorben.

Am 17. November ist in Posen der Redakteur der „Oswiata“, Abalbert Gremski, nach längerer Krankheit im Alter von 54 Jahren gestorben. Gremski hat es als seine Lebensaufgabe betrachtet, unter seinen polnischen Landesleuten das Verständnis dafür zu wecken, daß die Arbeiter unbekümmert um ihre Sprache und Nationalität sich in den Gewerkschaften zusammenschließen müssen, um an der Hebung ihrer Wirtschaftslage zu arbeiten. Dieser Aufgabe diente die von der Generalkommission am 1. April 1901 ins Leben gerufene „Oswiata“, deren Leitung von Anbeginn an in Gremskis Händen lag. Die hohen Wogen, welche der Nationalitätenstreit im Osten warf, erschwerten Gremskis Arbeit ungenügend, und es hat ihm auch nicht an Anfeindungen gefehlt. Sein Wirken war aber nicht vergeblich. Er hat sich um die Arbeiterbewegung in der Provinz Posen große Verdienste erworben, die ihm unvergessen bleiben werden.

### Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

**Demokratie und Großbetrieb.** Von Dr. Th. D. Cassau. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig. Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Preis 70 Pf.

In der Verfassung des Staates und in der ganzen modernen Volkswirtschaft sehen sich zwei, im Grunde entgegengesetzte Tendenzen immer stärker durch, nämlich Demokratie und Großbetrieb. Die Demokratie beruht auf Mitwirkung aller, der Großbetrieb auf Arbeitsteilung und Berufsbeamtentum. Von der Tatsache ausgehend, daß der Träger der Demokratie die Arbeiterschaft ist, untersucht Cassau das Organisationsleben in der sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften. Er kommt hierbei zu folgendem Schluß: „So bilden diese Organisationen die früher manchem als beklagenswerte Folgen des Klassenkampfes erschienen, nicht nur wichtige Faktoren unseres Wirtschaftslebens, sondern auch eine unentbehrliche Schulung für unsere Arbeiterschaft, und anspruchlos und ohne Theorie entwickeln sie auch die Lösung des schwierigen Problems der Verbindung von Demokratie und Großbetrieb.“

**Der Wall von Eisen und Feuer.** Ein Jahr an der Westfront, von Georg Wegerer. Dieses kürzlich angekündigte Werk ist nunmehr im Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig erschienen. Der Verfasser ist dem deutschen Publikum als Geograph und Forschungsreisender sowohl als auch als Klandere und Vortragsmeister vortrefflich bekannt. Sein neues Buch bedarf deshalb keiner weiteren Empfehlung. Der billige Preis von 1 Mark für fast 200 Seiten Text und die reizvolle bildliche Ausstattung werden ihm obendrein die weiteste Verbreitung sichern.

### Die Bürstenfabrik der Schönheider Produktivgenossenschaft.

Bekanntlich ist dem Konsumverein in Schönheide eine Produktivgenossenschaft für Bürstenfabrikation angegliedert, deren Waren, wenn auch nicht ausschließlich, so doch hauptsächlich bei Konsumvereinen abgesetzt werden. Allerdings muß dabei die Erfahrung gemacht werden, daß viele Verwaltungen von Konsumgenossenschaften mehr Wert darauf legen, billig einzukaufen, als die genossenschaftliche Produktion zu unterstützen. Gewiß müssen auch die Genossenschaften auf vorteilhaftesten Einkauf bedacht sein, aber das darf nicht soweit gehen, daß die Produktion zu Schundlöhnen oder die Gefängnisarbeit zum Schaden der genossenschaftlichen Produktion gefördert wird.

Während der Kriegszeit haben alle Abnehmer ihren Einkauf auf das äußerste beschränkt. Infolgedessen ist auch der Umsatz der Produktivgenossenschaft zurückgegangen. Er betrug im verklossenen Geschäftsjahr 145 066,74 Mk., das sind 28 617,58 Mk. weniger als im Vorjahr. Wenn trotzdem ein befriedigendes Resultat erzielt wurde, so ist das daraus zurückzuführen, daß es gelang, die Verkaufspreise zu erhöhen. Das war schon deshalb nicht zu vermeiden, weil die Rohmaterialien, wie Borsten und Fibré, über 300 Prozent im Preise gestiegen sind. Der Rückgang der Aufträge bewirkte allerdings, daß die Arbeiterzahl auf zwei Drittel des früheren Bestandes vermindert wurde, und daß die verbliebenen Arbeiter zeitweise verkürzt arbeiteten.

Neben einem Lagerbestand von 38 400 Mk. ist ein Inventar in Höhe von 6737 Mk. vorhanden. Abgeschrieben wurden 2245,57 Mk. an den Maschinen und dem Werkzeug. Der Produktionsfonds erhielt einen Zuwachs von 9308,65 Mk. Diese Summe bildet den Reingewinn des Betriebes, der alljährlich dem Produktionsfonds zugeschrieben wird. Der letztere beträgt nunmehr 20 308,65 Mk. Noch ein paar günstige Geschäftsjahre, dann dürfte die Produktivgenossenschaft aus ihren schwersten Nöten heraus sein. Die Genossenschaft ist vom Schönheider Konsumverein aus dessen Mitteln ins Leben gerufen worden. Lediglich der Gewinn bildet das Betriebskapital. Die Geschäftsanteile sind im vorigen Jahre erhöht worden, ihren festesten Rückhalt findet aber die Genossenschaft in der Großeinkaufsgenossenschaft

### Gestorbene Mitglieder.

- Karl Jordan, Tischler, gest. in Weimar.
  - Friedr. Frank, Schr., gest. in Krefeld.
  - Wih. Voigt, Korbmacher, 61 Jahre, gest. in Brandenburg a. H.
  - Herm. Fröhlich, 45 Jahre, gest. in Orlitz.
  - Emil Schlegel, Maschinenarbeiter, 30 Jahre, gest. in Mulda.
- Ehre ihrem Andenken.**

**Denkschrift.** Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Beschlussschlichter Wilhelm Hant. Bohmerstr. 45, zur Selbstausgabe der Mitgliedschaft. Nur an Wochenenden mittags 12½ bis 1¼ Uhr. Die Denkschrift befindet sich im Denkschriftenhof, Kollegienwall 11.

**Tischler** auf furnierte Möbel werden verlangt. Näheres im Arbeitsnachweis des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Brandenburg a. H., Grabenstr. 3.

### Bilderrahmen-Schreiner

der selbständig arbeiten und auf Kreislage zuschneiden kann, in dauernde, lohnende Stellung gesucht.

**Maier & Hauser,** Rahmenfabrik, Mannheim.

10 tüchtige Möbeltischler, 2 feine Stuhlbohrer, 1 tüchtiger Fräser stellen sofort auf dauernd ein.

**Bertlmann Bernart Stadler,** Badernhorn.

3 bis 4 Tischler auf furnierte Möbel werden sofort gesucht.

**Clemens Schmidt,** Möbelfabrik, Berlin S. O.

1 tüchtiger Schreiner auf Sofagestelle u. bessere Ornamente gesucht bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung.

**Tesch & Feinmann,** Eichen-Nuß, Seewerkstraße 8.

Ein Stodorbeiter, der raseln und feilen kann, nach Magdeburg gesucht. Zentralarbeitsnachweis für die Stad- und Kamminindustrie, Berlin SO. 16, Rungestr. 30.

Ein tüchtiger Bandjägerschweifer sowie ein Maschinenarbeiter für Tischträge werden verlangt. Gefl. Angebote mit Lohnforderung erbeten.

**Holzsohlen- u. Sägewerk Carl Lemm,** Kofleben i. Thür.

1 Holzdrehler stellt sofort ein. **W. Voenide,** Coswig-Anhalt.

### Billige Fachliteratur.

- in vorzüglicher Ausstattung.
- Tischler- (Schreiner-) Arbeiten von Prof. C. Biehler in drei Teilen:
    - I. Praktische Handwerkslehre, Maschinen, Einzelverbindungen, Fußböden, Fenster, Fensterläden, Treppen, Stühle. Mit 628 Fig. auf 15 Tafeln. In Leinen geb. 90 Pf.
    - II. Holz- und Holz-Verarbeitung und Konstruktion, Gerüstbau, Tore, Balkenbau, Klümpchen, etc. 296 Figuren auf 165 Tafeln. In Leinen geb. 90 Pf.
    - III. Innere Türen, Fenstertüren, Schiebetüren, Drehtüren, Wandverkleidungen, Podien. Mit 278 Fig. auf 98 Tafeln. In Leinen geb. 90 Pf.
  - Die Holzgerätmachine für Holzbearbeitung von Prof. Hermann Wöhe. Mit 117 Abbildungen. In Leinen geb. 90 Pf.
  - Das Holz. Aufbau, Eigenschaften und Verwendung von Prof. Hermann Wöhe. Mit 33 Abbildungen. In Leinen geb. 90 Pf.
  - Gestaltungsmöglichkeiten von Architekt Hans Gruber. Mit 12 Figuren. In Leinen geb. 90 Pf.
  - Stühle von Prof. Hermann Wöhe. 18 Stühle mit 265 Zeichnungen. 5. Auflage. In Leinen geb. 90 Pf.
  - Die Tischlerarbeit der Tischler von 2 Bänden. Mit 16 Abbildungen. Geb. 10 Pf. geb. 65 Pf.
- Bei vorheriger Einzahlung des Betrages erfolgt postweise Zustellung durch die **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.** in Berlin SO. 16.

### Vollkserzählungen

von T. J. M. gebunden. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

2 tüchtige Bohrer sucht sofort, bei gutem Akkord (20 bis 30 Pf. pro Tausend), Igehoeer Bürstenholzfabrik Otto Kubasch Igehoe, Or. Wunderberg 21.

Tüchtige Korbmacher werden eingestellt auf Mattarbeit. — Korbmacher, die eine dauernde Brotstelle suchen, mögen sich melden. **Ad. Säblich,** Korbmacherefabrik, Tangerhütte.

2 Korbmacher auf Grünegschlägen und Mattarbeit sucht sofort **Carl Berndt,** Dresden-N., Kanalstraße 7/8.

10 bis 15 Korbmacher auf Grünegschlägen bei gutem Akkordlohn für dauernde Arbeit gesucht. Bei achtwöchiger Arbeitszeit Reisevergütung. **H. Weise,** Korbmacheremeister, Dahme (Mark).

**10 Korbmacher** auf Grün, Matt und Gefälgen stellen bei 20 Prozent Kriegszuschlag ein. **Gebr. Vetter,** Köpfchenbroda bei Dresden.

### Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwalter vom Arbeiter-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

**Wochenbericht vom Sonnabend, 20. November, bis Freitag, 26. November 1915.**

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeinbare Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Korbmacher			Polierer			Drehler			Sonstige Branchen			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	23	110	7135	93	29	37	30	46	1	14	107	7	135	261	42	436			
Bremen	4	16	1	2									2	6	20				
Breslau	6	2	9	7	4	1	1	5		2	1		3	2	10	19	14	20	
Celle																			
Eilenburg															32			32	
Forst																			
Hamburg																			
Hannover	36		2	8	10		1	1		1						45	12	2	
Herford																			
Leipzig	13		7	29		25	9		4	3		3			1	6	55	45	
Münster						1		2	9									210	1
Zusammen	82	3	144	118	38	122	40	6	41	35	2	49	1	1	111	9	185	387	78
Vor. Woche	60	9	121	115	33	140	42	2	51	32	2	54	6	10	52	4	152	412	60

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.